

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister
Federführender Fachbereich
Immobilienbetrieb

Beschlussvorlage

Drucksachen-Nr. 0128/2013
öffentlich

Gremium	Sitzungsdatum	Art der Behandlung
Infrastrukturausschuss	24.04.2013	Entscheidung

Tagesordnungspunkt A 17

Datenerfassung der Gebäude der Stadt Bergisch Gladbach für eine Gebäudedatenbank (hier Schulen) - Fortsetzung der in 2012 begonnenen Arbeiten

Beschlussvorschlag:

Der Maßnahme der Erfassungsarbeiten für die Fortsetzung der Aufstellung einer Gebäudedatenbank wird zugestimmt.

Sachdarstellung / Begründung:

Die Daten werden benötigt zum Aufbau eines Facility - Managements in der Gebäudewirtschaft und einer erstmaligen vollständigen Bestandsdokumentation im Hochbau.

Für die Erfassung der Gebäudeflächen (Gebäudekataster) wurden mit einer Anzahl von Kommunen Gespräche hinsichtlich der Erfahrungen mit der Fremdvergabe der Bestandsdokumentation geführt. Dabei hat sich herausgestellt, dass nur sehr wenige kompetente Anbieter (Ingenieurbüros) in der Lage sind, zu günstigen Preisen und in einer guten Qualität diese Daten zu erfassen und in einer unserer EDV-Landschaft kompatibler Form zu liefern. Daher haben viele Städte sogar entschieden, die Daten in Eigenregie zu erheben. Dies kommt bei uns aber aus personellen Gründen nicht in Frage, auch haben die von diesen Städten genannten Personalbedarfe m. E. keine Ersparnis zur Fremdvergabe ergeben.

Auch wurde 2012 ein Pflichtenheft zur Datenerfassung und Datenverwaltung erarbeitet.

Die Arbeiten sollen daher im Rahmen einer beschränkten Ausschreibung an eines dieser Ingenieurbüros vergeben werden.

Diese Firmen haben große Erfahrung auf dem Gebiet der digitalen Bestandsdatenerfassung und sind entsprechend leistungsstark, auch große Datenmengen in einer angemessenen Zeit zu erfassen.

Der Vergabeumfang liegt bei ca. 220.000.- €.

Die Ausführung der Arbeiten erfolgt auf der Grundlage eines von der Stadt in Auftrag gegebenen Pflichtenheftes.

Finanzierung

Die Investitionsmittel für die Gesamtmaßnahme waren in 2012 in der Wirtschaftsplanposition "Betriebs- und Geschäftsausstattung" veranschlagt. In 2012 wurde die Maßnahme begonnen, die Restabwicklung und -finanzierung erfolgt in 2013.

Es wurde ein Antrag auf Ermächtigungsübertragung in Höhe der aus 2012 noch verfügbaren Mittel von 296.386,04 € gestellt, der aktuell noch zur abschließenden Prüfung bei der Aufsichtsbehörde vorliegt.

Insofern ist festzustellen, dass die Finanzierung der Maßnahme derzeit noch nicht sichergestellt ist, da die Ermächtigungsübertragung von 2012 nach 2013 noch des Placets der Aufsichtsbehörde bedarf.

Aus diesem Grunde steht die Maßnahme noch unter dem Vorbehalt der Sicherstellung der Finanzierung.

Termine:

Die Maßnahme soll 2013 umgesetzt werden.